Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz
am 05.07.2018

Tagungsort: Else-Zimmermann-Saal, Technisches Rathaus

Beginn: 14:45 Uhr

Ende: 15:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Carsten Krumhöfner

Herr Simon Lange

Herr Holger Nolte

Herr Alexander Rüsing

Stellv. Vorsitzender

Herr Werner Thole

SPD

Frau Dorothea Brinkmann

Herr Hans-Georg Fortmeier

Herr Ulrich Gödde

Herr Björn Klaus

Frau Anne Catrin Rudolf

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Klaus Feurich

Frau Doris Hellweg

Herr Jens Julkowski-Keppler

Vorsitzender

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Bürgernähe/Piraten

Frau Caroline Banna-Köthemann

UBF

Herr Alexander Spiegel von und
zu Peckelsheim

Beratende Mitglieder

FDP

Herr Gregor Spalek

Vertreter Gruppe

Sachkundige Einwohner

Herr Cemil Yildirim

Integrationsrat

Verwaltung

Frau Erste Beigeordnete Anja Ritschel
Herr Martin Wörmann
Herr Bernd Reidel
Frau Dagmar Maaß
Frau Katrin Köppe

Dezernat 3
Umweltamt
Umweltamt
Umweltamt
Umweltamt

Schriftführung

Entschuldigt fehlt:

Beratende Mitglieder

Herr Jürgen Heuer

Beirat für Behindertenfragen

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in den öffentlichen Teil der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Julkowski-Keppler, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zu TOP 2 der Tagesordnung seien nach dem Versand der Einladung zwei Anträge eingegangen. Der gemeinsame Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten sei bereits in der Bezirksvertretung Mitte beraten worden und sei den Mitgliedern bekannt. Der kurz vor der Sitzung eingegangene Antrag der Ratsfraktion Die Linke liege als Tischvorlage vor.

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 36. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 08.05.2018

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird die Abstimmung über die Niederschrift auf die nächste Sitzung vertagt, da das Protokoll nicht in das System eingestellt sei.

– vertagt –

Zu Punkt 2

Freiraumplanerisches Rahmenkonzept Luttergrünzug

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5915/2014-2020

Zu diesem Punkt liegen die beiden folgenden Anträge vor:

Antrag der Fraktionen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten vom 02.07.2018, Drucksachen-Nr. 6975/2014 – 2020:

1. *Im Vertiefungsbereich wird auf eine Inanspruchnahme der Kleingartenflächen am Stauteich III verzichtet. Für den Bereich des Stauteichs III wird die Planung der Variante A zugrunde gelegt (Fußweg und Radweg am Nordufer, Führung des Lutter-Bypass im Süden des Stauteichs III).*
2. *Im Übrigen wird dem Rahmenkonzept zum Luttergrünzug in der*

Vorzugsvariante zugestimmt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt darauf hinzuwirken, dass die aktuell zur Verfügung stehenden Fördermittel (KomInvest und IN-SEK) zeitnah in die Umsetzung erster Maßnahmen fließen. Prioritär ist die Verbesserung der Wegeverbindung unterhalb der Bahnbrücke anzugehen. Die konkreten Umsetzungsplanungen sind den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Begründung erfolgt mündlich.

Antrag der Ratsfraktion Die Linke vom 05.07.2018, Drucksachen-Nr. 6983/2014 – 2020:

1. Die Neugestaltung des Luttergrünzug im Bereich der Stauteiche 2 und 3 wird gemäß der Ursprungsvorlage der Verwaltung (DS 5915/2014-2020) in der Variante C umgestaltet.
2. Der Stauteich 2 wird hierbei zu Gunsten eines besseren Hochwasserschutz aufgegeben.
3. Die Ausweichflächen für die Kleingartenanlagen an den sieben Teichen werden frühestmöglich geplant und umgesetzt.
4. Die neue(n) Kleingartenanlage(n) wird/werden zusammen mit den Vorständen der bisherigen Kleingartenanlagen an den sieben Teichen geplant.
5. In den neuen Anlagen sind Parzellen für alle bisherigen Nutzer*innen der überplanten Kleingartenanlage vorzubehalten. Nehmen Nutzer*innen ihr Vorrecht auf eine Parzelle nicht innerhalb von fünf Jahren nach Vollendung der neuen Kleingartenanlage(n) wahr, sind die Parzellen an andere Bewerber*innen zu vergeben. Das Pachtrecht auf der bisherigen Anlage endet nach diesen fünf Jahren.

Eine Vollendung ist erreicht, wenn die von städtischer Seite zu errichtenden Infrastruktur und das Wegenetz fertig gestellt sind.

6. Die neue Kleingartenanlage(n) ist/sind so zu gestalten, daß weitere Bewerber*innen die Möglichkeit haben, eine Parzelle zu pachten.

Begründung erfolgt mündlich

Frau Ritschel erläutert zum Verfahren, dass auf Wunsch der Bezirksvertretung Mitte am 19.04.2018 eine Bürgerinformationsveranstaltung durchgeführt worden sei, an der auch einige Vertreter des Ausschusses teilgenommen haben. Neue Aspekte habe es hierbei nicht gegeben. Aus der öffentlichen Debatte sei bekannt, dass der Kleingartenverein sich gegen eine Inanspruchnahme der Kleingärten ausgesprochen habe. Das Angebot des Vereins, auf einzelne Parzellen für ein verbessertes Wegeangebot zu verzichten, bringe aus Sicht der Verwaltung für die Gesamtplanung keine Verbesserung, so dass man diesen Gedanken nicht weiter

verfolgt habe. Zu den bereits vorliegenden Beschlüssen der Bezirksvertretungen Heepen und Mitte teilt sie mit, dass es sich - soweit es um konkrete Wegegestaltungen ginge - um Einzelaspekte handele, die zu späterer Zeit bei den Umsetzungsplanungen relevant seien. Heute gehe es darum, das Rahmenkonzept zu beschließen und somit den Weg zu eröffnen, Fördergelder in Anspruch zu nehmen.

Frau Hellweg begründet den gemeinsamen Antrag der Fraktionen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten. Sie lobt die vorliegende Planung, die zu einer wesentlichen Verbesserung der Situation rund um die Stauteiche II und III führe. Leider hätten die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner erst spät deutlich gemacht, dass sie ihren Standort nicht verlassen möchten. Es seien daraufhin Gespräche geführt worden, um weitere Möglichkeiten aufzuzeigen. Diese seien aber leider nicht erfolgreich verlaufen. Ihre Fraktion hätte eine Bebauung an der Heeper Straße begrüßt, wozu aber die Zustimmung des Kleingartenvereins gefehlt habe. Man habe sich letztendlich dafür entschieden, die Kleingartenanlage nicht zum Spielball der Politik zu machen. Der jetzt zur Abstimmung stehende Vorschlag sei insgesamt gut für den Luttergrünzug und damit ein guter Kompromiss.

Herr Gödde äußert seine Freude darüber, dass in der heutigen Sitzung der Antrag für einen schönen und guten Grünzug auf den Weg gebracht werden soll. Er verweist auf die vielen Gespräche, die im Vorfeld geführt wurden. Es sei mit allen Beteiligten intensiv nach Lösungen gesucht worden. Er sei froh über den gefundenen Kompromiss, bei dem die Kleingärten erhalten bleiben. Hierbei wurde berücksichtigt, dass die Kleingärten für die in der Umgebung lebenden Menschen ein wichtiger Ort seien und gleichzeitig das Grünangebot für die Anlieger verbessert werde.

Herr Stiesch berichtigt seinen Änderungsantrag zu Punkt 3 insoweit, dass die Ausweichfläche nicht an den „sieben Teichen“ sondern im Bereich „Meyer zu Heepen“ entstehen solle. Zu dem bisherigen Verlauf der Beratungen meint er, dass er den Beschluss der Bezirksvertretung Mitte und auch den Wunsch der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner nicht nachvollziehen könne. Der Ort sei wichtig für die Erholung vieler Menschen. Es gebe verschiedene Erwartungshaltungen. Aus seiner Sicht sei es nicht möglich, einen Kompromiss zu finden, der für alle zufriedenstellend sei. Er sei für die Vorlage der Verwaltung und mache nun in seinem Änderungsantrag ergänzende Vorschläge für die Umzüge der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner. Kleingartenflächen seien aus seiner Sicht Flächen, die für städtebauliche Erweiterungen in Anspruch genommen werden können. Er wünscht, die Chance für eine Wohnbebauung an der Heeper Straße zu nutzen. Da die Stadt Ersatzflächen für die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner angeboten habe, wünsche er sich mehr Mut von der Politik, nicht den Interessen Einzelner zu Lasten des Gemeinwohls nachzugeben.

Herr Rüsing kündigt an, dass seine Fraktion dem gemeinsamen Antrag der Koalition zustimmen werde. Leider sei es der Verwaltung nicht gelungen, die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner im Vorfeld der Planungen für einen Umzug zu gewinnen. Das eigentliche Ziel mit einem breiteren See und einer Wohnbebauung war unter den aktuellen Begebenheiten leider nicht umsetzbar. Wichtig sei es ihm, zu betonen, dass es bei der Planung nicht um Wohnungsbau gehe, zumal dieser nur einen eher geringen Um-

fang ausmache. Vielmehr gehe es um ein Rahmenkonzept für die Naherholung und dieses schließe auch die Naherholungsfunktion der Kleingärten mit ein. Zum Wegekonzept meint er, dass eine getrennte Wegeführung zwischen Rad- und Fußwegen das Ziel sein solle.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Vorschläge zum Wegekonzept in die Planung einfließen sollen und über die Umsetzung im weiteren Verfahren beraten und abgestimmt werde. In der heutigen Sitzung gehe es nur um die Beschlussfassung zum Rahmenkonzept.

Herr Spalek stimmt dem Antrag der Fraktion „Die Linke“ zu. Er verweist auf eine sehr geringe Leerstandsquote und die damit verbundene Wohnungsnot in Bielefeld. Auch wenn an dieser Stelle nicht so viele Wohneinheiten entstehen könnten, sei eine Wohnbebauung wichtiger, zumal nur wenige Kleingärtnerinnen und Kleingärtner von einem Umzug betroffen wären. Mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag der Koalition werde Wohnungsbau in Bielefeld verhindert.

Herr von Spiegel meint, dass die ursprüngliche Information der Verwaltung zur Haltung der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner falsch gewesen sei. Er betont, dass die Kleingärten ein wichtiger Bestandteil der „grünen Lunge“ seien und man daher die Gärten nicht gegen ihren Willen umnutzen solle. Aus seiner Sicht sei man nicht auf die Flächen der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner für eine Wohnbebauung angewiesen. Zur Entwicklung von Bauland kritisiert er, dass an anderen Stellen genügend Freiflächen vorhanden seien, die Verfahren seien aber zu langwierig.

Frau Ritschel weist den Vorwurf, die Stadt habe Fehler bei den Verhandlungen mit den Kleingärtnerinnen und Kleingärtner gemacht, zurück. Im Vorfeld seien Gespräche mit dem Vorstand und mit dem Bezirksverband der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner geführt worden. Das seien in der Situation die richtigen Ansprechpartner gewesen. Diese hätten kein Veto gegen die Planungen eingelegt. Auch die Bürgerwerkstätten seien für alle offen gewesen und zahlreiche Kleingärtnerinnen und Kleingärtner hätten sich dort eingebracht. Die einzelnen Schritte waren eine sinnvolle Herangehensweise. Erst im Anschluss an diesen Prozess habe sich die Diskussionslage verändert. Bei zukünftigen Planungen werde sie aber prüfen, ob man frühzeitiger ein breiteres Plenum einbezieht.

Der Vorsitzende lässt zunächst über den Antrag der Koalition abstimmen. Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

- 1. Im Vertiefungsbereich wird auf eine Inanspruchnahme der Kleingartenflächen am Stauteich III verzichtet. Für den Bereich des Stauteichs III wird die Planung der Variante A zugrunde gelegt (Fußweg und Radweg am Nordufer, Führung des Lutter-Bypass im Süden des Stauteichs III).**
- 2. Im Übrigen wird dem Rahmenkonzept zum Luttergrünzug in der Vorzugsvariante zugestimmt.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt darauf hinzuwirken, dass die aktuell zur Verfügung stehenden Fördermittel (KomInvest und IN-**

SEK) zeitnah in die Umsetzung erster Maßnahmen fließen. Prioritär ist die Verbesserung der Wegeverbindung unterhalb der Bahnbrücke anzugehen. Die konkreten Umsetzungsplanungen sind den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

– mit großer Mehrheit beschlossen –

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass eine Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion „Die Linke“ und den Beschlussvorschlag der Verwaltung hinfällig seien, so dass eine weitere Abstimmung nicht mehr erforderlich sei. Alle Anwesenden erklären sich einverstanden.

Zu Punkt 3

Bericht aus dem Naturschutzbeirat

Frau Ritschel teilt mit, dass sich der Naturschutzbeirat in seiner letzten Sitzung unter anderem mit der Änderung des LEP befasst habe, der in der sich anschließenden gemeinsamen Sitzung mit dem Stadtentwicklungsausschuss beraten werde. Der Beirat habe insbesondere die weitere Lockerung des Flächenverbrauchs kritisiert. Die Mitglieder halten es für einen falschen Schritt, den 5-ha-Grundsatz herauszunehmen. Ebenfalls kritisch sehen sie, dass die Unterschutzstellung der Senne als Nationalpark gestrichen werden soll. Sie haben unterstützt, dass die Festlegung gestrichen wird, den Wald für Windenergieanlagen in Anspruch zu nehmen. Auch spiele die Biodiversität aus Sicht des Naturschutzbeirates eine zu geringe Rolle.

Der ausführliche Bericht über die weiteren Themen der letzten Sitzung des Naturschutzbeirates werde auf die nächste reguläre AfUK-Sitzung verschoben.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –